



DAS SCHENKEN WIR DIR. 000
DIE VN IM KOMBI-ABO FÜR D

Vorarlberg Online > Vorarlberg > Professionelle Hilfe bei ungewollten Schwangerschaften nach Salzburger

Professionelle Hilfe bei ungewollten Schwangerschaften nach Salzburger Vorbild

Von Frederic Schwendinger / VOL.AT am 20. November 2014 12:02 Akt.: 20. November 2014 17:33

43

Kommentare



In Salzburg sind Abtreibungen in öffentlichen Krankenhäusern möglich - © Gynmed Ambulatorium

In Vorarlberg ist und bleibt ein Schwangerschaftsabbruch privaten Kliniken vorenthalten. Experten fordern, das Thema solle wertneutral neu diskutiert werden. Die SPÖ will nun nach Salzburger Vorbild agieren und ein erfolgreiches Konzept integrieren.

[ifs-Expertin im Interview](#)

[Abtreibung soll neu diskutiert werden](#)

f 6 4 0

Christian Fiala ist Gynäkologe und leitet in Wien das "[Gynmed Ambulatorium für Schwangerschaftsabbruch und Familienplanung](#)". In Vorarlberg hat er fünf Jahre lang als Turnusarzt gearbeitet, kennt also die Probleme im Land gut: "Das fängt damit an, dass Frauen gar nicht wissen, wohin sie sich für einen Abbruch wenden können. Es gibt auf der ersten Seite der entsprechenden Google-Suche kein einziges Ergebnis aus Vorarlberg, welches Frauen über die Möglichkeiten informiert." In allen anderen Bundesländern sei das anders. Sogar in Tirol, wo Schwangerschaftsabbrüche ebenfalls nur ambulant von einem Arzt durchgeführt werden dürfen, bietet die Seite [www.schwangerschaftsabbruch-tirol.at](#) ausführliche Informationen zum Thema.

Ambulanz mit Beratung in Salzburg

Da das Land Salzburg bis vor zehn Jahren eine ähnliche Diskussion auf politischer Ebene hatte, wie sie jetzt in Vorarlberg stattfindet, wäre für den Experten die dortige Lösung auch für das westlichste Bundesland eine Überlegung wert. Dort wurde unter der Führung von Fiala im LKH Salzburg das "Gynmed Ambulatorium für Schwangerschaftsabbruch und Familienplanung" eingerichtet. Sie bietet nicht nur eine multiprofessionell besetzte Ambulanz, sondern auch Unterstützung und Beratung in Verhütungsfragen an. Die anfänglich sehr emotionale Diskussion hätte sich mit der Zeit vollkommen gelegt. "Alle haben eingesehen, dass ungewollte Schwangerschaften und damit Abbrüche ein Teil des Lebens sind und es nichts hilft einfach wegzuschauen", meint der Leiter der Abteilung.

Regionale Hilfe für Frauen

Der Gynäkologe ist vom Erfolg des Ambulatoriums überzeugt: "Die betroffenen Frauen haben die Gynmed Ambulanz mit großer Erleichterung angenommen, weil sie nicht mehr in andere Bundesländer fahren müssen und wohnortnah eine Behandlung auf hohem medizinischem Niveau bekommen. Aber auch alle niedergelassenen Ärzte und sozialen Einrichtungen sind froh, dass sie ihren Patientinnen, bzw. Klientinnen eine gute Versorgung empfehlen können. Dieses Konzept hat sich sehr bewährt und man könnte es jederzeit in jedem Krankenhaus in Vorarlberg umsetzen."

Salzburger Konzept für SPÖ wünschenswert

Auch deshalb fordert nun die Vorarlberger SPÖ Voraussetzungen zu schaffen, dass Schwangerschaftsabbrüche auch in einem öffentlichen Krankenhaus in Vorarlberg durchgeführt werden können. Dabei soll nach dem Vorbild des Salzburger "Gynmed Ambulatoriums" das Spektrum um jenes der Verhütungsberatung ergänzt werden. Wie wichtig eine solche regionale Entscheidung sein könnte, erklärt Fiala mit den Patientenzahlen der Abteilung: "Die allermeisten Frauen kommen aus dem Bundesland Salzburg, die meisten haben bereits eines oder mehrere Kinder und die Frauen sind hauptsächlich zwischen 20 und 35 Jahre alt. Etwa die Hälfte der Frauen kommt über das Internet und die andere Hälfte wird von ihrem Arzt oder anderen Sozialeinrichtungen überwiesen."

Freiheitliche für Mutter-Kind-Fonds

Die FPÖ sieht dahingehend gar kein Bedarf und fordert stattdessen die Einrichtung eines Fonds für schwangere Frauen, wie Landeschef Dieter Egger am Donnerstag bei einer Pressekonferenz bekräftigt: "Wir sollten alles in unserer Macht stehende tun, Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Frauen ein JA zum Kind ermöglichen. Deshalb ist es unser Ziel, in Vorarlberg einen Mutter-Kind-Fonds nach deutschem Vorbild einzurichten", so Freiheitlichen-Landeschef Dieter Egger.

ifs-Expertin Maria Hammermann im Interview

